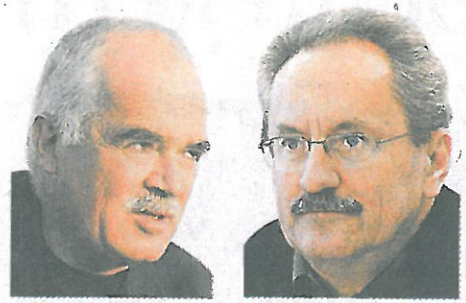
Telefon (089) 53 06-410
politik@merkur-online.de
Telefax: (089) 53 06-86 57

Münchner Merkur Nr. 265 | Donnerstag, 17. November 2011

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und **Christian Ude**

Sandkastenspiele statt Parlamentarismus!

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

Lieber Peter,

nun hast Du meinen wunderschönen Traum, dass es sich die Bürgermeister dieses Landes einmal so einfach machen könnten wie die Parlamente und künftig Gesetze beschließen dürfen, die dann der Bund und die Länder in die Tat umsetzen müssen, ganz gleich, ob dies möglich ist oder nicht, mit einem schrecklichen Albtraum gekontert: Bald werde es in Deutschland überhaupt keine Gesetzgebungskompetenz mehr geben, weder für Bürgermeister noch für Parlamentarier, weil der Deutsche Bundestag mit einer übergroßen Mehrheit aus fast allen Parteien sämtliche Befugnisse höheren Orts abliefert, auf der europäischen Ebene.

Tatsächlich musste ja schon wiederholt das Bundesverfassungsgericht eingreifen, um dem Bundestag auf die Finger zu klopfen, wenn er allzu schnell und bedenkenlos parlamentarische Rechte fallen lassen wollte. Dass es diesmal zwei sozialdemokratische „Abweichler" waren, die mit einem Gang nach Karlsruhe die allzu schnelle Preisgabe parlamentarischer Befugnisse stoppen wollten, macht ja erfrischend deutlich, dass Du mit Deinem Unbehagen nicht allein stehst und dass es hier nicht um randständige Meinungen geht, sondern um das Zentrum des parlamentarischen Selbstverständnisses.

Vielleicht wird man in einigen Jahren oder Jahrzehnten die jetzige Dekade der Demokratie-Entwicklung nur noch mit Kopfschütteln oder gar einem vernichtenden Urteil kommentieren. Während viele Zeitgenossen glauben, in großartiger Weise die Demokratie voranzutreiben, weil jeder Brückenbau und jede Autobahnverlängerung, aber auch jede Hafenerweiterung, jeder Flughafenausbau und jede neue Trambahnlinie und sogar S-Bahn-Tunnel und Bahnhofsbauwerke auf heftigsten Widerstand stoßen und jahrelang verzögert, wenn nicht sogar vollends vereitelt werden können, ereignet es sich nahezu unbemerkt und unerwähnt zur gleichen Zeit, dass unser nationales Parlament sein vornehmstes Recht verliert, das einst als erstes den Feudalherren abgerungen wurde, das Haushaltsrecht nämlich.

Ein ziemlich absurdes Theater: Keine Bushaltestelle, kein Windrad und kein Tunnelbau ohne Schlichtungsverfahren und Bürgerentscheid – aber Steuermilliarden sprudeln dahin, ohne dass die Parteien jemals darüber diskutiert hätten und ohne dass der normalsterbliche Abgeordnete wüsste, warum wie viel Geld wofür eingesetzt wird.

Mich plagt schon eine bange Frage: Dürfen wir am Ende das Volk der Eisenbahnplaner spielen, um bei leidenschaftlichen Debatten über Bahnhofskapazitäten und Gleisradien aus dem Auge zu verlieren, dass alle wichtigen Fragen derweil von den Finanzmärkten und ihren Finanzabenteurern, die alle Risiken auf die Steuerzahler abwälzen dürfen, entschieden werden?

First things first, wie der Brite sagt. Und das muss doch für unsere Demokratie bedeuten: Die allerwichtigsten Fragen und die allergrößten Beträge müssen wieder den demokratischen Regeln unterworfen, gleichsam von der Demokratie „zurückerobert" werden, bevor wir auf örtlichen Spielwiesen Beteiligungsverfahren so komplizieren und überfrachten, dass sich am Ende nur noch ein soziologisch kleiner Ausschnitt der Bevölkerung überhaupt davon angesprochen fühlt.

Die neue Protestwelle „occupy wall street" hat sich wenigstens das richtige Thema vorgeknöpft: Die Übermacht der Finanzmärkte nämlich, die endlich eingedämmt werden muss. Richtig so! Die von den Wirtschaftsliberalen seinerzeit lauthals geforderte Deregulierung hätte niemals durchgeführt werden dürfen, spätestens nach der Lehman-Pleite wäre es das Gebot der Stunde gewesen, endlich strenge Regeln aufzustellen und ihnen Geltung zu verschaffen. Verschüttete Milch. Für die „Finanzindustrie", die doch in Wahrheit nichts produziert, sondern völlig losgelöst von der Realwirtschaft Wetten abschließt und auf Spekulationsgewinn setzt, gilt offenbar als oberste Richtschnur der olympische Leitspruch: „The games must go on".

So kann man den jungen Leuten, deren Zeltlager dieser Tage bemerkenswert zeitgleich in verschiedenen Nationen polizeilich geräumt wurden, nur bescheinigen, dass sie auf der richtigen Spur sind. Allerdings ist kaum zu glauben, dass in der Millionenstadt München wirklich nur 300 Menschen ihre Kritik teilen. Ich kenne nämlich kaum jemanden, der es nicht tut. Also fehlt da noch etwas: Konkrete Forderungen, für die man sich einsetzen mag. Deren Realisierung tatsächlich Abhilfe schaffen würde. Nicht nur im Ideenhimmel, sondern tatsächlich hier unten auf Erden. In der Realität unserer internationalen Abhängigkeiten, unserer verschuldeten Partnerländer und unserer kaum handlungsfähigen europäischen Institutionen. Das ist viel verlangt, ich weiß. Aber ohne Konkretisierung der Ziele und der Schritte in die richtige Richtung wird es keinen Fortschritt geben, selbst wenn die Teilnehmerzahlen steigen sollten.

Dein Christian